

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Volksbankkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 1.00 Mt. bei Platzwahrheit 2.00 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonnenzeile 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aannahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Zusammentritt des Obersten Rates am 4. August.

Vorher Sachverständigenberatungen in Paris.

London, 26. Juli. Neuter meldet amtlich: Der Oberste Rat wird am 4. August in Paris zusammentreten. Lord Curzon und Balfour werden England auf der Konferenz vertreten. Lloyd George werde wahrscheinlich nicht zugegen sein.

London, 26. Juli. Wie Neuter erfährt, haben die britische und die französische Regierung ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberschleffen zusammenhängen. Wie bereits mitgeteilt worden ist, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkommission zusammenzutreten zu lassen, und um den Wünschen Belgiens entgegenzukommen, hat sie zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris abgehalten wird. Die britischen Sachverständigen, Sir Cecil Hurst, Rechtsbeirat des Auswärtigen Amtes, Tuston, Vorstand des mittelseuropäischen Departements, und Waterloo, Mitglied dieses Departements, sind heute nach Paris abgereist. Eine Reise der genannten Oberschleffen wird nicht erwogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberste französische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines andern Punktes wohl kaum entstehen werden.

Staatskommissars Krejinskn ist, wie die P. P. N. melden, eine Stellungnahme der bayerischen Regierung auf die Anfrage der Reichsregierung bis heute noch nicht erfolgt. Bielefeldt fragt Dr. Gradnauer noch einmal dringlich in München vor?

Japanischer Verzicht auf die 26 prozentige Abgabe.

Tokio, 25. Juli. Die japanische Regierung hat die Absicht, eine 26 prozentige Abgabe von den in Japan einzuführenden deutschen Waren zu erheben, endgültig aufgegeben.

Bisher hat nur England die 26 prozentige Abgabe auf die Einfuhr deutscher Waren, zu der das Ultimatum allen Alliierten das Recht gibt, eingeführt. England verfolgt damit zwei Zwecke: es sichert sich von vornherein seinen Anteil an den Erträgen der Ausfuhrabgabe und drohelt die deutsche Einfuhr, da die deutschen Exporteure das Risiko, einen Teil der Abgabe nicht zurück zu bekommen, fürchten und deshalb in der Ausfuhr nach England vorsichtig sind. Durch den Verzicht der übrigen Alliierten auf die Erhebung der Abgabe wird natürlich die Verpflichtung der deutschen Regierung, ihren Gegenwert abzuliefern, nicht aufgehoben.

Aus Oesterreichs Revolution.

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung sind „Militärpolitische Erinnerungen“ von Julius Deutsch erschienen, der als sozialdemokratischer Vertrauensmann vor den Tagen des Zusammenbruches bis zum Ausschleiden der Sozialdemokraten aus der Regierung, also vom Ende Oktober 1918 bis Ende Oktober 1920, das Staatsamt für Heereswesen leitete. Diese zwei Jahre umschließt die Geschichte der österreichischen Revolution, deren zweifellos bedeutungsvollstes Kapitel die Revolution der österreichischen Soldaten darstellt. Einen wertvollen und überaus interessanten Beitrag zu diesem Kapitel geben die Memoiren Deutsch, die trotz ihrer notwendigerweise persönlichen Note ein anschauliches Bild der gewaltigen revolutionären Ereignisse Oesterreichs seit den ersten Sturmzeichen der Revolution, dem großen Januarstreik im Jahre 1918 entrollen.

Die Gunst des Schicksals hatte ihn schon Ende 1917 als „sozialistischen“ Referenten in das österreichische Kriegsministerium, also in das Zentrum der österreichischen Heeresverwaltung gestellt. „Die Sozialpolitik hat“, erzählt er nicht ohne Humor, „von meiner Tätigkeit im Kriegsministerium nicht viel Nutzen gehabt.“ Seine Abhandlungen wurden nämlich alle ad acta gelegt. Desto mehr Nutzen gewährte seine Anwesenheit im Kriegsministerium dem Wiener Proletariat. Er erzählt:

„Meine Stellung im Kriegsministerium verschaffte mir die Kenntnis von allerlei Maßnahmen der Herrschenden gegen die Arbeiter, die für das taktische Verhalten der sozialdemokratischen Partei nützlich gemacht werden konnten. In die ersten Wochen meiner Tätigkeit war der Januarstreik 1918 gefallen. Im Amt hatte ich es mir so einrichten können, daß die amtlichen Meldungen, die sonst nur an die Abteilungsvorstände gingen, auch in meine Hand gelangten. Als der Streik ausbrach, war die militärische Situation in Wien für die Regierung recht ungünstig. In den Kriegsanstalten, die so zahlreich waren, wie der Sand am Meere, ferner in den Spitälern und Kasernen gab es eine Fülle von Soldaten. Diese aber waren zu einem Kampf gegen streikende Arbeiter nicht zu gebrauchen, denn sie waren für einen solchen Zweck nicht militärisch organisiert und übrigens durch ihren mehr oder weniger langen Aufenthalt im Hinterlande auch nicht in jener Stimmung, die sie zu einer Hülfsarmee gegen das Volk hätte zuverlässig erscheinen lassen. Wie ich aus einem amtlichen Bericht an das Kriegsministerium erlah, verfügte die Regierung am Tage des Streikausbruches nur über 3000 Mann wirklicher Kampfruppen.“

Das hat sich freilich in den nächsten Tagen gründlich geändert. Es kamen rumänische und ruthenische Frontbataillone an, über die die Regierung ohne weiteres und gegen jedermann verfügen konnte. Die Nachtmittee der Regierung waren nach vier bis fünf Tagen groß genug um jede „Auschreitung“ der Streikenden im Blute zu ertränken. Die weitere Fortführung des Streiks unter dem Kriegrecht und unter den drohenden Bajonetten vorkämpfer Soldaten war zu einem gefährlichen Wagnis geworden. Wozu noch kam, daß die Wiener und die niederösterreichische Arbeitererschaft sich in ihrem Kampfe alsbald auf sich allein gestellt sah. Ein ungarischer Genosse, der in der letzten Streiktage nach Wien kam, berichtete, daß der gleichzeitige Streik der Budapester Arbeiter sich nicht mehr lang werde halten können. Die tschechischen Arbeiter hatten, vor einigen Gruppen abgesehen, überhaupt nicht gestreikt. Diese Umstände waren entscheidend. Wenn die tschechischen Arbeiter überhaupt nicht mittaten, die ungarischen Arbeiter nicht länger aushalten konnten und in Wien die Regierung in zwei Bataillonen auf Bataillon einmarschieren ließ, mußte an den rechtzeitigen Abbruch des Streiks gedacht werden sollte die Arbeitererschaft nicht eine schwere Niederlage erleiden.

Die sehr schmerzliche Erkenntnis, daß diesmal die Arbeitererschaft noch zu schwach war, einen durchgreifenden Erfolg zu erlangen, mußte unser Handeln bestimmen. Der Januarstreik war ein Sturmzeichen, noch nicht der Sturm. Daß es den Militärgewaltigen im Januar 1918 nicht möglich war, den Streik der Arbeiter gleich nach seinem Ausbruch blutig niederzuwerfen, daß sie sich sogar bequemen mußten, mit der Arbeitererschaft zu verhandeln, und süßlich Versprechungen über Versprechungen zu häufen, hatte ihren Stolz tief gekränkt. Sie gingen nun daran, für die Zukunft vorzusehen, also Militärformationen zum ausgesprochenen Zweck aufzustellen, um eine neuerliche Erhebung der Arbeitererschaft zu parieren. Dem mußte entgegengewirkt werden:

„Der sterbende Militarismus mußte im Falle einer direkten Angriffs wie sinnlos um sich schlagen und blutig Opfer sonder Zahl heischen. War er diese Opfer noch wert? Sollte es nicht möglich sein, den Habsburgermilitarismus ohne blutigen Kampf zu besiegen? Der Versuch hierzu mußte jedenfalls gemacht werden.“

Ich begann unter den Soldaten der Wiener Kasernen nach Vertrauensmännern Umschau zu halten. Bald hatt

* Julius Deutsch, Aus Oesterreichs Revolution, Militärpolitische Erinnerungen, 148 Seiten.

Rohbach und Konforten als französische Kronzeugen.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der P. P.) Der Temps bezieht sich auf frühere Äußerungen des Generals Höfer, des Leutnants Rohbach und anderer Größen des Selbstschutzes, um die Gefahr einer deutschen Erhebung in Schlesien nachzuweisen. Daß außerdem ein neuer Belenastand drohen könne, will das Blatt nicht bestreiten. Es müßten eben aus beiden Gründen Truppen entsandt werden. Nach der Scheinung des Temps habe Deutschland den Artikel 375 des Friedensvertrages, auf den es seine Ablehnung der Truppentransport-erlaubnis stützt, falsch ausgelegt und außerdem, so schließt das Blatt etwas lähn, hat sich Frankreich durch die Erklärung, daß es nun nun an die Verantwortung für die Ereignisse in Oberschlesien trage, das Recht erwirkt, auch lokal einzugreifen. Das Ganze sieht sich stark wie eine Müdzugstanonade an.

Der Artikel des französischen Blattes zeigt, wie die Großmüchigkeiten der Rohbach und anderer Reaktionäre — ob General Höfer dazu gehört, wissen wir nicht — der deutschen Sache nach außen ebenso schaden wie die Pläne dieser Kappgeoffenen die deutsche Republik bedrohen.

Berständigungspolitik ist nol.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der P. P.) Die dem Reichskanzler Wirth nahestehende Germania wendet sich gegen die fehlerhafte Politik des Maßnahmepunkts und sagt, es sei demgegenüber geradezu eine europäische Lebensnotwendigkeit, daß die deutsche Reichsregierung in allen Fällen den klaren und deutlichen Rechtsstandpunkt einnehme und bemüht bleibe, auf dem Boden des Rechts mit den Nachbarstaaten zur Verständigung zu kommen, was im besonderen auch Polen gegenüber heute noch möglich sei, wenn es eben den Gedanken aufgab, Polen und Frankreich seien allein auf der Welt. Es gäbe schon in Warschauer leitenden Kreisen einsichtige Köpfe, die sich aber zur Zeit noch nicht durchzusetzen vermöchten. Deutschland sei jedenfalls zu einer Politik, die den Gedanken einer gesamten Solidarität Europas konsequent durchföhre, bereit.

Die Freiheit wendet sich gegen eine Illusionspolitik in der Annahme englischer Sympathien für Deutschland, während Deutschland London jedesmal nötige, Berlin erst die kalte Schulter zu zeigen. Das Blatt erwartet, daß der Oberste Rat sich auf die Fassung eines Provisoriums in der oberschlesischen Frage beschränken wird und hält das zur Zeit, angesichts der nationalen Erregung auf beiden Seiten und der Anbahnung zu einer unmittelbaren deutsch-polnischen Verständigung für das beste. Es sei von der verflochtenen deutschen Regierung viel verkümmert worden, aber es sei noch nicht alles verloren, wenn die jetzige Regierung vernünftig vorgehe und statt ihre Aufmerksamkeit durch den Gegensatz im Lager der Entente bannen zu lassen, erstlich an eine direkte Fühlungnahme mit dem polnischen Staat denke, der zuletzt ja auch einsehen müsse, daß die französische Freundschaft alles andre als einen uneigennütigen Charakter trage.

Fahr sucht sich zu drücken.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung der P. P.) In der Angelegenheit der Ausweisung des russischen

Für das hungernde Rußland.

Berlin, 27. Juli (Eig. Drahtmeldung der P. P.) Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands veröffentlicht folgenden Aufruf:

Angesichts der in Rußland ausgebrochenen Hungernot, die die Arbeiterklasse Rußlands mit dem physischen und psychischen Untergang bedroht, richten wir auf Veranlassung unserer Partei an alle Arbeiterparteien und Organisationen Deutschlands das dringende Ersuchen, unverzüglich ein Arbeitskomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden, welches die Hilfsaktion in Deutschland organisiere und anführen soll. Wir wenden uns gleichzeitig auch an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, die Initiative zur Organisierung einer internationalen Hilfsaktion zu ergreifen.

Die Freiheit bemerkt dazu: Der Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands deckt sich sinngemäß mit der Aufforderung des Exekutivkomitees der Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien, wonach in allen Ländern Arbeiterausschüsse zur Hülfsleistung für Rußland gebildet werden sollen. Der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat die sich hieraus ergebenden Maßnahmen bereits getroffen. Dagegen hat der Vorstand der SPD, auf ein Schreiben der Zentrale der WPKD, geantwortet, daß er sich zwar an einer allgemeinen Hilfsaktion beteiligen wolle, „er werde aber politische Einstellung“ in dieser Frage und somit auch die kommunistische Sonderaktion ablehnen. Wir sind davon überzeugt, daß die rechtsozialistischen Arbeiter diese Stellungnahme ihres Parteivorstandes nicht verstehen werden. Es ist in sich selbst nicht darum handeln, irgendwelche, aus parteipolitischen Motiven geborene Sonderaktionen zu unterstützen, sondern das gesamte Proletariat muß zusammentreten, um den hungernden Arbeitern und Bauern in Rußland schnelle Hilfe zu geben. Die Ablehnung jeder „politischen Einstellung“ würde nur bedeuten, daß die Arbeiterklasse ihre ganze Hoffnung auf das Bewusstsein jener kapitalistischen Kreise setzen soll, die die Hungerskatastrophe in Rußland am liebsten dazu ausnützen möchten, um dort ein reaktionäres Regime wieder aufzurichten.

Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, kommen heute im Reichstagsgebäude auf Veranlassung der WPKD, Vertreter der Arbeiterparteien zusammen, um über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens des Proletariats zur Behebung der russischen Not zu beraten. Die SPD hat es allerdings abgelehnt, an dieser Besprechung teilzunehmen, da es sich nach ihrer Auffassung bei der Hülfsleistung nicht um eine Parteianglegenheit handele.

In Rußland breitet sich, wie die Rigaer Zeitung aus Moskau meldet, die Cholera aus. Danach starben in Moskau 500 Choleraerkrankte. 24 000 Choleraerkrankungen seien im Juni registriert worden. Die Tzwejsta schlägt vor, 100 000 Arbeiter mit ihren Familien in dem Steppengebiet längs der Wolga anzusiedeln.

Wir können unserm Berliner Organ nur zustimmen und billigen die Haltung unseres Zentralkomitees.

Das österreichische Proletariat für Rußland.

Wien, 26. Juli. Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs richtet an die Arbeiterklasse Deutschösterreichs einen Aufruf mit der Aufforderung, der von Hungersnot und Seuchengefahr bedrohten russischen Revolution zu Hilfe zu eilen. Die Arbeiter verteidigten, so heißt es in dem Aufruf, mit der russischen Revolution ihre eigenen revolutionären Erwerbenschaften und Hoffnungen.